

Berlin, 16. Januar 1989

N i e d e r s c h r i f t

des Gespräches des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16. 01. 1989 in Berlin

Im Namen des Zentralkomitees der SED und seines Politbüros begrüsste Genosse Erich Honecker die Genossen des Büros des Parteivorstandes der SEW auf das herzlichste.

Das Gespräch, so sagte Erich Honecker, finde unmittelbar nach der gestrigen gewaltigen Manifestation in der Hauptstadt für Karl und Rosa statt. Er empfinde noch tief den Eindruck dieses Aufmarsches für Frieden und Sozialismus. Selbst die Westmedien konnten die Demonstration nicht verschweigen und zeigten sich überrascht von ihrem Verlauf. Die heutige Aussprache, betonte Erich Honecker, finde kurz vor den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus statt. Wenn auch unter den Bedingungen der bürgerlichen Manipulierung der Massen nicht so schnell große Erfolge zu erwarten seien, so sei es doch um so wichtiger, daß in Westberlin mit der SEW eine Partei wirke, die im Sinne von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Politik betreibe.

Erich Honecker bat Horst Schmitt, das Wort zu nehmen.

I.

Horst Schmitt dankte herzlich für die Möglichkeit dieses Gesprächs, nachdem das für Ende Oktober 1988 geplante Gespräch durch seine Erkrankung nicht stattfinden konnte. Er stimme mit Erich Honecker völlig überein, so sagte Horst Schmitt, daß für die SEW „Siege“ kurzfristig nicht zu erreichen seien. Mit dem heutigen Gespräch wolle die SEW demonstrativ zeigen, daß die Verbesserung der Beziehungen zur DDR das Schlüsselproblem für Westberlin sei. Während Diepgen jetzt nach Paris und London reiste, spreche die SEW mit dem entscheidenden Nachbarn. Die SEW erfreue und begrüße die erreichten Fortschritte in den Beziehungen DDR - Berlin (West). Der Westberliner Senat habe aber bei weitem noch nicht alles getan, um die ausgestreckte Hand der DDR voll zu ergreifen und das auf der Basis des Vierseitigen Abkommens.

Im weiteren Verlauf legte Horst Schmitt die gegenwärtige Politik der SEW ausführlich dar:

Die SEW, so betonte er, befinde sich hinsichtlich internationaler Fragen in absoluter Übereinstimmung mit der SED, deren Positionen jüngst in den großen Reden Erich Honeckers auf der 7. ZK-Tagung und zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD überzeugend dargestellt wurden. Natürlich müsse die Deckungsgleichheit in Grundpositionen stets mit eigenen Initiativen verbunden werden. Die SEW müsse dabei die für ihre Kampfbedingungen besten Lösungen finden. Dabei wisse die SEW die von der SED stets gewährte Unterstützung hoch zu schätzen.

Die Tendenz der internationalen Entwicklung, sagte Horst Schmitt, gehe in Richtung besserer, vernünftiger Beziehungen zwischen den Staaten. Diese Tendenz werde maßgeblich durch die Friedenspolitik der sozialistischen Länder bestimmt. Davon zeugten die Vorschläge des Warschauer Vertrages bis hin zu den jüngsten Initiativen, wie sie Gorbatschow auf der UNO-Tagung unterbreitete.

Die Friedenspolitik der sozialistischen Länder stimuliere den Kampf der SEW außerordentlich. Für die Westberliner Kommunisten sei der Kampf um den Frieden die wichtigste Klassenkampf-aufgabe. Der eigene Anteil bestünde darin, in Westberlin die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus zu verstärken, wobei seine inneren Widersprüche wie die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern auszunutzen seien. Der Imperialismus könne und müsse zum Frieden gezwungen werden.

Die SEW begrüße den auf der Wiener KSZE-Konferenz erreichten Fortschritt. Jetzt könnten regionale Schritte in Europa vorankommen, insbesondere die maßgeblich von der SED vorgeschlagenen kernwaffen- und chemiewaffenfreien Korridore müßten realisiert werden.

Diese Entwicklung biete für Westberlin - eine nach wie vor von drei Westmächten besetzte Stadt - viele neue Möglichkeiten. Die SEW meine, daß Westberlin durch seine geopolitische Lage geradezu ein Beispiel geben könnte als eine Stadt der Friedenspartnerschaft nach West und Ost, ohne die Rolle Westberlins zu überschätzen. Für diese Perspektive sei jedoch Voraussetzung, daß mit Hilfe der SEW in Westberlin die Aktionseinheit und das Friedensbündnis viel stärker werde. Er wolle ohne Umschweife erklären, so sagte Horst Schmitt, daß die Politik der DDR und die besonders von Erich Honecker entwickelte Dialogpolitik ein sehr wichtiger Beitrag für Entspannung und Friedenssicherung in Europa sei. Die SEW sei gerade dafür Erich Honecker außerordentlich dankbar.

Westberlin reagiere stets wie ein Seismograph auf internationale Entwicklungen und besonders auf die DDR. Da sei es mehr als bemerkenswert, daß nach jüngsten Umfragen 57 Prozent der Westberliner Bevölkerung sich dafür aussprechen, verbesserte und friedliche Beziehungen zur DDR zu haben. Das zeige deutlich, wie der Entspannungsprozeß zu Bewußtseinsveränderungen führe. Man dürfe nicht vergessen, daß früher gerade in Westberlin der kalte Krieg gegen die DDR herrschte.

Jetzt spreche sich eine Mehrheit der Bevölkerung auch für die Reduzierung der westlichen Besatzungstruppen auf eine symbolische Größe aus, wie das die SEW in ihrem Wahlprogramm fordere. Die Bedrohungslüge werde offenbar in ihrer Wirkung stark eingeschränkt, obwohl eine Minderheit nach wie vor an sie glaube. Zu den wichtigsten Veränderungen im Massenbewußtsein hätte maßgeblich die DDR, aber auch das Wirken der SEW beigetragen.

Erich Honecker habe eingangs zu Recht darauf verwiesen, daß der Gegner alles tue, um die Massen in seinem Sinne zu manipulieren. Der Haupteinfluß werde dabei über das Fernsehen ausgeübt, auf das die SEW keinerlei Einfluß habe.

Auch der jetzige Wahlkampf zeige den überwiegenden Einfluß des Fernsehens. Gegenüber allen früheren Wahlkämpfen gäbe es diesmal faktisch keine Massenversammlungen. Die gestrige und einzige Kundgebung der CDU in der Deutschlandhalle mit Kohl und Diepgen sei durch massive Proteste fortschrittlicher Studenten nach hinten losgegangen. Auch die SPD werde nur eine größere Versammlung veranstalten, auf der Willy Brandt sprechen soll. Die neonazistischen „Republikaner“ wollten sich mit Genehmigung des Senats im Internationalen Kongreßzentrum treffen, wogegen schon jetzt starker Protest erhoben werde.

Insgesamt habe es einen sehr kurzen Wahlkampf gegeben. Die Taktik von CDU und FDP laufe darauf hinaus, möglichst keinen zu führen. Sie würden sich auf ihre Medienwirkung verlassen. Die CDU würde offiziell 2,2 Millionen für den Wahlkampf ausgeben, aber allein ihre Fernsehspots kosteten 850 000 DM.

Das Wahlprogramm der SEW sei den Genossen der SED bekannt, setzte Horst Schmitt fort, deshalb wolle er es nicht darlegen. Die SEW habe sich bemüht, auf der Basis dieses Programms insbesondere die Zielgruppen anzusprechen, die sich von linken Positionen aus enttäuscht von SPD und AL abwendeten. Darauf seien auch die agitatorischen Mittel abgestellt worden. Ob das gelungen sei, werde das Wahlergebnis zeigen.

Bei aller Illusionslosigkeit über die tiefe Wirkung der gegnerischen Medien müsse zugleich gesehen werden, daß es dem Gegner zunehmend schwerer falle, unpopuläre Schritte der Herrschenden den Massen schmackhaft zu machen.

Durch die Vertiefung der objektiven Widersprüche entwickelten sich Gegenbewegungen, in denen die SEW die wichtigsten Anknüpfungspunkte für ihre Politik der Interessenvertretung der Arbeiterklasse und der großen Mehrheit sehe.

Zu den wichtigsten Konfliktfeldern gehöre die Massenarbeitslosigkeit. In acht Jahren Regierung von CDU und FDP stieg die Zahl der Arbeitslosen um das Doppelte und liege jetzt bei 100 000. Die Menschen empfänden es als drückende Last, daß die Arbeitslosigkeit wie Geier über ihren Köpfen schwebte.

Weitreichend negative Wirkung habe die Politik der „verlängerten Werkbank“, wie sie von BRD-Konzernen gegenüber Westberlin betrieben würde. Durch das Abschieben der „flachen“ Teilproduktion auf Westberlin verdienten die Konzerne Extraprofite, doch große Teile der Produktionsarbeiter würden auf unqualifiziertem Niveau gehalten. Das wiederum behindere den auch in Westberlin sich vollziehenden Übergang zur Produktion auf höchstem Niveau moderner Schlüsseltechnologien.

Von erheblicher Bedeutung sei die Wohnungsfrage, die sich als soziales Problem weiter verschärfe. Es habe eine große Bewegung gegeben, in der über 500 000 Bürger mit ihrer Unterschrift gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung votiert hätten. SEW und SPD seien da führend gewesen. Die SEW habe allein 125 000 Unterschriften gesammelt. Jedoch habe die SPD im Abgeordnetenhaus für das Gesetz zur Aufhebung der Mietpreisbindung gestimmt, weil es aus Bonn kam und man die sogenannte Einheit mit der BRD hätte demonstrieren wollen. Weil diese Bewegung nicht zum Erfolg führte, seien Resignationen nicht ausgeblieben. Eine Mieterbewegung bestehe jedoch weiter, deren Kern die SEW, die AL und auch einzelne Sozialdemokraten bildeten.

Ähnliche Erfahrungen lägen mit Bewegungen gegen die Verschlechterungen im Gesundheitswesen vor. Vor zwei Jahren sei mit Unterschriften von 200 000 Bürgern gegen die Verringerung der Bettenzahlen und die Privatisierung von Teilen des Krankenhauswesens protestiert worden. In dieser Bewegung wäre auch die ÖTV stark engagiert gewesen. Ein Erfolg sei dennoch ausgeblieben.

Resignative Tendenzen führten zu einer zunehmenden Politik- und Parteienverdrossenheit, die auch die SEW zu spüren bekäme.

Manches spräche dafür, daß der Unmut über die negativen Wirkungen der sogenannten Gesundheitsreform, der Renten- und Steuerreform wachsen werde, sobald im Verlaufe dieses Jahres die Bürger die Folgen der unsozialen Gesetze spüren würden. Allerdings würde das erst nach den Wahlen wirksam.

Von erheblicher Bedeutung für den Kampf der SEW sei die Sozialstruktur der Westberliner Bevölkerung, von der sich etwa die Hälfte nicht im Arbeitsprozeß befinde. Darunter seien so

bedeutende Schichten wie 454 000 Rentner, 250 000 Kinder und Jugendliche und über 100 000 Studenten. An den Westberliner Universitäten und Hochschulen stünden die Studenten nunmehr in der fünften Woche im Streik. Die entscheidenden Ursachen seien unzumutbare Studienbedingungen, deren Kapazitäten weit hinter der Studentenzahl zurückblieben. Viele Studenten hätten keinen Wohnraum. Die auf Kredit gewährten Stipendien führten zur hohen Verschuldung und das bei steigender Akademikerarbeitslosigkeit. Schließlich forderten die Studenten Mitbestimmungsrechte, demokratische Bildungsinhalte und eine klare Berufsperspektive. Medizinstudenten stellten heute die Frage, was für ein Gesundheitswesen wir haben müßten. Es wachse das Interesse, die Entwicklung in der DDR näher kennenzulernen. Das lege der SEW die Verpflichtung auf, das große Beispiel der DDR noch besser herauszuarbeiten.

Schließlich gebe es in Westberlin ein breites Konfliktfeld, das vom Kampf für den Erhalt der Grünflächen - die der Senat durch Bebauungspläne stark einschränken wolle - bis zum Bürgerbegehren in Spandau und Reinickendorf gegen den Ausbau des Flughafens Tegel reiche. Gegen die Reduzierung der Grünflächen - worunter auch der Sport leide - sei sogar Widerstand vom Chef des Westberliner Sportbundes, Herrn von Richthofen, gekommen, der Mitglied der CDU ist. Der Kampf der Bürger gegen die unerträglich gewordene Belastung durch den Flugverkehr zeige, daß die Pläne Reagans vom „Luftkreuz“ auf Sand gebaut seien.

Die SEW sei in all diesen Bewegungen verankert. Dabei gebe es durchaus komplizierte Situationen, wie beispielsweise in der Bürgerbewegung betreffs Ausbau der Spandauer Schleuse oder des neuen Südübergangs, beides mit der DDR vereinbarte Objekte. Doch die SEW operiere so, daß sie die Interessen der betroffenen Bürger unterstütze und dabei den Stoß nicht gegen die DDR, sondern einzig gegen den Senat führe. Sie verlange, daß der Senat jeweils die Modalitäten auf Westberliner Seite danach regele, daß der Schutz der Umwelt gewahrt werde. Hierzu bemerkte Erich Honecker, daß die SEW damit richtig handle.

Horst Schmitt führte weiter aus, daß auch in der nächsten Zeit neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SPD und AL bestünden. Es sei dem Gegner nicht gelungen, auch nicht dem Verfassungsschutz, die Zusammenarbeit zwischen SEW und Teilen der SPD bzw. AL kaputt zu machen. Das habe die gestrige und bisher in Westberlin größte Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am Landwehrkanal unterstrichen.

Zur Situation in der SEW wolle er, Horst Schmitt, offen sagen, daß sie in politisch-ideologischer Hinsicht nicht zufriedenstellend sei. Das Bemühen um Stabilität dominiere, jedoch handle es sich in gewisser Weise bereits um eine neue Partei. Die früher überall bestimmenden und über Jahrzehnte herangewachsenen Kader wären im Grund durch eine neue Generation in der Partei ersetzt worden. Das Verhältnis zur DDR und zum Sozialismus entwickelte sich über die Theorie und nicht mehr wie früher durch die direkte Verbundenheit mit der DDR in einer Partei. Mit der neuen Generation spielten bürgerlich beeinflusste Vorstellungen von Demokratie und Freiheit auch in Teilen der Partei eine Rolle.

Aus der objektiven wie subjektiven Situation könne es nur die Schlußfolgerung geben, daß die Kernfrage für die Weiterentwicklung der SEW die Verbesserung ihrer ideologischen Arbeit sei. Diese könne sich nur auf den Marxismus-Leninismus stützen. Hierbei sei die Unterstützung durch die SED von außerordentlichem Wert.

Die Sorgen in der Partei seien teils hausgemacht, teils ins Haus getragen. So habe man durch die Führung die neue Zusammensetzung der Partei unterschätzt. Zugleich spiele das Kommen und Gehen der Mitglieder zwischen SEW und DKP eine Rolle.

Ein ernstes Handicap für die Kommunisten sei die Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern und besonders manches in der Sowjetunion und wie Perestroika und Glasnost über die Medien in Westberlin ankommen. Er mache auch gegenüber sowjetischen Genossen aus seiner Auffassung kein Geheimnis. Die SEW mische sich nicht in die Angelegenheiten der KPdSU. Es sei jedoch Tatsache, daß es bereits nach dem XX. Parteitag große Schwierigkeiten gegeben hätte, nach dem XXVII. Parteitag seien sie jedoch noch größer geworden.

Am vergangenen Sonnabend habe der Parteivorstand über ideologische Probleme diskutiert. 22 Genossen hätten das Wort ergriffen. Im Prinzip beschloß der Parteivorstand mit großer Mehrheit (fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) richtige Grundpositionen. Einzelne Genossen hätten allerdings große Unklarheiten. Sie zweifelten sogar daran, ob es überhaupt den Sozialismus gäbe. Dieser Diskussion müsse offensiv begegnet werden. In Vorbereitung des IX. Parteitages (etwa Mitte 1990) erarbeite die SEW ein programmatisches Dokument „Westberlin und das Jahr 2000“ sowie ein neues Frauenprogramm. Dies solle wesentlich der ideologischen Stärkung der Partei dienen. Es ginge nicht um Debatten über alles Mögliche, sondern um die Analyse der eigenen Kampfbedingungen, um die Bestimmung der weiteren Strategie und Taktik der Partei, damit sie ihre Aufgaben in Westberlin lösen könne. Auf diesem Wege seien in Diskussionen Fragen nach dem Verhältnis von Klassen- und Menschheitsfragen, nach dem Wesen der friedlichen Koexistenz usw. zu klären. Die von der SED vorgelegten Beiträge, wie jüngst der Artikel von Hermann Axen, seien der SEW eine wertvolle Hilfe.

Debatten, in denen die „Glaubwürdigkeit“ der Partei bestritten würde, seien nur abträglich. So könne man keine jungen Leute für die Partei gewinnen. Für die SEW komme es wesentlich darauf an, die eigenen Reihen zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen. Es gäbe viele Fragen, mit denen die Partei zurechtkommen müsse. Ein großer Teil der Partei kämpfe jedoch gut.

II.

Erich Honecker dankte Horst Schmitt herzlich für seine Darlegungen. Die SED, so sagte Erich Honecker, schätze die Arbeit der SEW sehr hoch ein. Horst Schmitt habe eindrucksvoll über ihre Aktivitäten gesprochen. Auch wenn die SEW zur Zeit Wahlen nicht gewinnen könne, so spiele sie bereits in der Gegenwart und noch mehr für die Zukunft Westberlins eine große Rolle. Vieles habe sich bereits verändert. Davon zeuge die Tatsache, daß Reagan nicht mehr so einfach Westberliner Boden betreten konnte wie frühere amerikanische Präsidenten.

Auf dem Boden der DDR hätten die deutschen Kommunisten den Sozialismus zum Siege geführt. Alle deutschen Kommunisten könnten mit allem Grund stolz darauf sein, daß unter Führung der SED in der DDR die Ideen von Marx, Engels und Lenin verwirklicht werden.

Letztlich bleibe es das Ziel aller drei deutschen kommunistischen Parteien, den Sozialismus insgesamt auf deutschem Boden zum Siege zu führen. Er, Erich Honecker, halte daran fest, daß der Sozialismus auch um die BRD und um Westberlin keinen Bogen machen werde.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs ging Erich Honecker ausführlich auf die Entwicklung der internationalen Situation ein.

Über die Veränderungen der internationalen Lage, die sich sehr widersprüchlich vollzögen - so Erich Honecker - dürfe man keinerlei Illusionen haben. Bis jetzt kommen einige wesentliche Dinge voran. Auf beiden Seiten sei anerkannt worden, daß der Atomkrieg weder die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch andere globale Probleme lösen könne. Diese

beiderseitige Erkenntnis schlosse jedoch nicht aus - wie es das Vorgehen der USA gegen Libyen zeige -, daß imperialistische Kreise auf kriegerische Mittel setzten.

Auch das spreche dafür, den Kampf um die Abrüstung und besonders die atomare verstärkt fortzusetzen. Selbst wenn die strategischen Kernwaffen der UdSSR und der USA um 50 Prozent reduziert wären, würden die verbleibenden zur zehnfachen Vernichtung der Menschheit ausreichen.

Wir gehörten zu den ersten, die sagten, man muß mit dem „Gegenrüsten“ Schluß machen. Dieses geschah über unsere Köpfe hinweg. Wir sprachen uns jedoch seinerzeit eindeutig gegen einen „Raketenzaun“ zwischen beiden deutschen Staaten aus. Das sagten wir auch klar dem damaligen Politbüro des ZK der KPdSU. Es sei jedoch bereits Geschichte, daß wir damals plötzlich unter dem Beschuß der Springerpresse wie der Prawda standen. Heute bestünde zwischen der SED und der KPdSU in allen Grundfragen der internationalen Entwicklung volle Übereinstimmung.

Die weltpolitische Situation stünde am Beginn einer Wende, deren dauerhafte Gestaltung sei die entscheidende Aufgabe. Wesentlich auf Grund der abgestimmten Friedenspolitik der sozialistischen Länder und insbesondere durch die Initiativen der Sowjetunion seien positive Ergebnisse zu verzeichnen. Dennoch sei die Wende noch nicht vollzogen, die ungeheure Kriegsgefahr bestünde weiter.

Die von der Sowjetunion vorgesehene einseitige Reduzierung ihrer Streitkräfte um 500 000 Mann entspräche dem Personalbestand der gesamten Bonner Bundeswehr. Aus der DDR würden unter anderem vier Panzerdivisionen abgezogen werden. Die DDR hätte nicht die Absicht, diese durch eigene Kräfte zu ersetzen. Die DDR sei für das Konzept der ausreichenden Verteidigung und für die Schaffung der Nichtangriffsfähigkeit aller Seiten. Die Reduzierung der Rüstungen im atomaren wie im konventionellen Bereich habe Priorität. Dies würde für die DDR zu Entlastungen führen. Freiwerdende Mittel würden für Wirtschaft und Sozialpolitik zusätzlich verwendet werden können.

Die internationalen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, so erläuterte Erich Honecker, hätten natürlich eine tiefe Bedeutung für den Kampf der Kommunisten auch in den imperialistischen Ländern.

Die Friedensfähigkeit des Imperialismus müsse erst noch im Kampf erzwungen werden. Niemand vermöge zu sagen, wie der Imperialismus in zehn Jahren aussehen werde. Richtig sei nach wie vor die Analyse des Imperialismus, wie sie Lenin gegeben habe. Inwieweit der Imperialismus vom Angriff auf den Sozialismus - von Europa bis China oder in Lateinamerika - abgehalten werden könne, das hänge wesentlich von der Stärke des Sozialismus und der weltweiten Friedensbewegung ab.

Wir hätten allen Grund, den weltweiten Friedenskampf zu führen und dabei realistisch denkende bürgerliche Politiker voll einzubeziehen. Dem werde auch, so sagte Erich Honecker, sein heutiges Gespräch mit dem BRD-Industriellen Körber dienen.

Der Sozialismus könne durch Frieden nur gewinnen. Der Imperialismus und insbesondere der amerikanische wolle jedoch mit allen Mitteln das Freiheitsstreben der Völker unterdrücken. Die USA wollten Lateinamerika als ihren Hinterhof halten und führten deshalb Krieg gegen das fortschrittliche Lateinamerika. Fidel Castro habe zu den gegenwärtigen Entwicklungen in diesem Raum deutlich Stellung genommen.

In Europa stelle sich die NATO bisher nicht auf Frieden um. Sie habe ihre Strategie der sogenannten flexiblen Reaktion bekräftigt.

Im Widerspruch zu den Aussagen von Kohl, Strauß und Dregger, die sie während meines Besuches in der BRD machten, so betonte Erich Honecker, hätten Kohl, Dregger und andere zur NATO-Haltung zurückgefunden. Die Bedrohung mit Kurzstreckenraketen werde nicht abgebaut, sondern durch deren Modernisierung sogar noch erweitert. Die Reden von Wörner und Scholz zeugten von dieser unfriedlichen Haltung.

Die USA verfolgten auf diesem Weg ihr Ziel, die BRD und auch Westberlin von sich in Abhängigkeit zu halten. Ebenso eigensüchtige Interessen ständen hinter der USA-Kampagne gegen Libyen, das ein souveränes Land ist. Es gehe in keiner Weise um irgendeine libysche Fabrik, sondern darum, daß die USA, die die gewaltigsten Mengen an Giftgasen und anderen todbringenden chemischen Kampfmitteln hätten, von ihrer Sabotage einer Verbotskonvention für Chemiewaffen ablenken wollten.

Alles in allem sei klar, daß es sich in der Welt um eine sehr harte Klassenauseinandersetzung handle. Darüber dürfe es keinerlei Illusionen geben. Bemerkenswert sei, daß Gorbatschow in seiner soeben veröffentlichten Rede davon spreche, man habe den Klassenkampf bei der Lösung der Menschheitsprobleme unterschätzt.

Er, Erich Honecker, sei der Meinung, daß gerade die Klassenfrage von einem Kommunisten niemals unterschätzt werden dürfe. Wie es im Kommunistischen Manifest stehe, sei die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen. Er möchte bemerken, daß es selbst dem besten Kommunisten nicht gelingen könne, den Klassenkampf abzuschaffen. Man brauche nur die elementaren Tatsachen der wahren Herrschaftsverhältnisse in der BRD zu nehmen. In der jüngsten Ausgabe der Illustrierten „Stern“ sei nachzulesen, wer in der BRD die Macht habe. Dort sei die Namensliste mit näheren Angaben über die wahren Machthaber von Industrie und Banken veröffentlicht. Die einfachen Tatsachen der wirklichen Herrschaftsverhältnisse könnten auch bürgerliche Journalisten nicht übersehen.

Ohne daß die Bedeutung des Kampfes für die Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte im bürgerlichen System falsch bewertet werden dürfe, müsse das Klassenwesen der Herrschafts- und Machtverhältnisse von den Kommunisten klar gesehen werden. Es herrsche das Monopolkapital, das große Geld und der imperialistische Staat sei der geschäftsführende Ausschuß. Eine marxistisch-leninistische Position in der Klassenfrage - so bewiesen es nicht zuletzt auch alle Erfahrungen der kommunistischen Jugendbewegung - sei zugleich die Grundvoraussetzung dafür, daß die kommunistische Partei unter der jungen Generation bewußte kommunistische Klassenkämpfer heranbildet.

Von der marxistisch-leninistischen Erkenntnis über das Wesen der Klassen ausgehend, könnten alle anderen Grundfragen der Gesellschaft, darunter auch zur bürgerlichen und sozialistischen Demokratie, klar beantwortet werden. So bleibe die kommunistische Partei der Bund der Kämpfer für die grundsätzliche Erneuerung der Welt. Die Reformisten fänden ohnehin in der SPD ihre Heimat.

Sodann kam Erich Honecker detailliert auf die Entwicklung Westberlins zu sprechen. Westberlin, so führte er aus, sei auf vielfache Weise in die internationale Entwicklung eingebunden. Jede Senatspartei sei sowohl von den westlichen Alliierten als auch vom BRD-Imperialismus abhängig. Aber Westberlin sei nicht nur darauf angewiesen, Westberlin brauche auch unbedingt die Unterstützung der DDR.

In die Wende von der Konfrontation zur Zusammenarbeit sei Berlin (West) einbezogen. Es bestätige sich die alte Regel, daß man sich sein Umfeld nicht zum Feind machen dürfe.

Wir würden nicht übersehen, welche Ziele die andere Seite verfolge. Sie wolle möglichst viel zu ihrem Vorteil herauschlagen - auf wirtschaftlichem, kulturellem und auch sportlichem Gebiet - und gleichzeitig in völliger Gleichschaltung mit Bonn auch über den vorgeschobenen Posten Westberlin nationalistische Großmachtträume erfüllen. Wenn Kohl auf der gestrigen Wahlkundgebung der CDU in Westberlin davon spreche, die Zeichen der Zeit stünden günstig, so glaube er offenbar, man könne die DDR schlucken. Damit befinde er sich auf dem Holzweg. Es werde nie mehr ein „Deutsches Reich“ in den Grenzen von 1937 geben.

Kohl hatte während seines Moskau-Besuches von der sowjetischen Führung verlangt, sie möge einer Korrektur der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zustimmen. Abgesehen davon, daß da am persönlichen Verstand von Kohl zu zweifeln sei, erhielt er selbstverständlich von Gorbatschow eine scharfe Abfuhr.

Im übrigen spreche Bonn mit zwei Zungen. Während Kohl und Diepgen in Westberlin gegen die DDR hetzten, habe Teltschik in Bonn die Aussagen versucht zu entschärfen. Er habe erklärt, wie positiv sich die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR gestalteten. Auch würden die persönlichen Begegnungen mit Diepgen einen anderen Geist atmen, als manche seiner öffentlichen Reden.

Der Westberliner Senat zeige bei den laufenden Verhandlungen mit der DDR eine sehr widersprüchliche Haltung. Als während des letzten Gespräches am 10. Januar 1989 der Vertreter der Regierung der DDR, Genosse Walter Müller, den Senatsvertreter, Kunze, darauf hinwies, daß es an der Zeit sei, auch von Westberliner Seite ein positives Wort über die konkreten Projekte für Entspannung und Abrüstung in Europa zu sprechen, sei das wiederum „überhört“ worden. Gleichzeitig habe Kunze eine ganze Liste von Wünschen an die DDR vorgeschlagen. Da sei vom Senat plötzlich viel zu hören gewesen. Das reiche von der Anfrage nach Möglichkeiten für Westberliner, mit dem Fahrrad in die DDR zu fahren, bis hin zur Mitnahme von Hunden.

Natürlich komme die andere Seite nicht umhin, die erreichten Fortschritte in den Beziehungen, wie sie gerade auch 1988 deutlich wurden, zu würdigen. Dabei würde vor aller Welt immer deutlicher, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und Berlin (West) vor allem der konstruktiven Politik der DDR zu danken sei. Nicht irgendein Westberliner Senat, sondern die DDR ließe sich prinzipiell davon leiten, daß nur eine Politik der friedlichen Koexistenz Westberlin eine Perspektive auf Dauer geben könne.

Das schlosse natürlich stets die Berücksichtigung der beiderseitigen Interessenlage ein. Diese müßte in den bilateralen Gesprächen ausgehandelt werden. Diepgen habe im übrigen darum gebeten, zur kommenden Frühjahrsmesse wiederum mit ihm, Erich Honecker, zusammenzutreffen. Die DDR hätte dem Westberliner Senat durchaus interessante Angebote gemacht. So könnten eventuell die der DDR gehörenden S-Bahnhöfe Potsdamer Platz und Bornholmer Straße, die für den Verkehr in der Hauptstadt nicht genutzt werden, der Westberliner Seite zur Nutzung gegeben werden. Gleichzeitig sei mitgeteilt worden, daß die DDR beabsichtige, die bisher Westberlin überlassene Nutzung der unter der Friedrichstraße verlaufenden U-Bahnlinie C wieder in die Nutzung der DDR-Hauptstadt zu nehmen. Es sei klar, die DDR würde dem Senat nur soweit entgegenkommen, wie er der DDR entgegenkommt. Klar sei auch, wer am längeren Hebel sitze.

Auf Fragen des Kampfes der SEW näher eingehend, bemerkte Erich Honecker, daß er den Darlegungen von Horst Schmitt zustimme. Auf breiter Front entstünden Möglichkeiten für die

SEW, ihre Tätigkeit zu entfalten. Die Nutzung der Widersprüche auf ökonomischem, ökologischem oder allgemeinpolitischem Gebiet könnte dazu führen, die Manövrierfähigkeit des Westberliner Senats weiter einzuschränken.

Erfreulich seien die Fortschritte bei Bündnissen und einheitlichen Aktionen, in denen SEW, SPD und AL immer offener zusammenarbeiteten. So sei er, Erich Honecker, von der gestrigen Westberliner Kundgebung zu Ehren von Rosa und Karl, die vom Liebknecht-Luxemburg-Komitee veranstaltet wurde, sehr beeindruckt gewesen. Selbst ARD war gezwungen, darüber zu berichten.

Gerade die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten sei für den Fortschritt von größtem Gewicht. Die SED leiste hierfür ihren Beitrag und habe, bei Fortbestehen grundlegender Unterschiede, gute Beziehungen nicht nur zum Vorstand der SPD in der BRD, sondern auch zu den SPD-Führungen in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, zum Saarland usw.

Auf die von Horst Schmitt genannten Probleme der ideologischen Arbeit eingehend, sagte Erich Honecker, daß sie tatsächlich von grundlegender Bedeutung für die Festigung der Kampfkraft der Partei sei.

Die ideologische Arbeit müsse stets von den Erfahrungen des Klassenkampfes ausgehen. Es müsse klar sein, wer Freund und wer Feind ist. Nehme man die Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen seit 1981 in Westberlin, so sei das ein Spiegelbild dafür, daß dem imperialistischen System unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die Lösung der sozialen Frage nicht gelänge.

Ursache sei das System der Profitmaximierung. Schon deshalb sei es absurd, dem Sozialismus eine Annäherung an die kapitalistische Marktwirtschaft zu empfehlen. Marx und Engels hätten den tiefen Widerspruch zwischen der Planmäßigkeit im kapitalistischen Betrieb und dem Markt aufgedeckt. Entsprechend diesem Widerspruch verschärften sich in allen kapitalistischen Ländern die sozialen Konflikte.

Der Gegner mache ein großes Geschrei über Perestroika und Glasnost. Selbst Kohl lobe plötzlich Gorbatschow, den er noch vor kurzem mit Goebbels verglich. Er, Erich Honecker, habe nichts dagegen, wenn Kohl sich an Gorbatschow ein Beispiel nehmen und in dessem Sinne sich daran machen würde, die BRD umzugestalten.

Manche würden der DDR anempfehlen, ihre Entwicklung zu „beschleunigen“. Doch eine künstliche sozialökonomische „Beschleunigung“ wäre für die DDR nur von Schaden. Jährlich wachse das Nationaleinkommen um 3,5 bis 4,5 Prozent. Das sei ein enormes Tempo, das uns allergrößte Anstrengungen abverlange. Die DDR entwickle insbesondere die Schlüsseltechnologien. Erfolgreich sei die Technologie zur Herstellung des 1-Megabit-Chips erarbeitet worden. In den mikroelektronischen Kombinat der DDR, wie in Zeiss-Jena, bei Robotron oder in Erfurt, seien auf einzelnen Gebieten Durchbrüche zur Weltspitze gelungen. Bei neuen Werkzeugmaschinen würden Produktivitätssteigerungen von 300 - 600 Prozent erreicht werden.

Nehme man die Sozialpolitik, so sei klar, daß die Menschen selbstverständlich jetzt und nicht in irgendeiner unklaren Zukunft besser leben wollten. Dementsprechend orientierte die SED seit langem auf eine menschengerechte Sozialpolitik. Sie trage Früchte, ja in mancher Beziehung lebte man bereits über die Verhältnisse. Was sollte da „Beschleunigung“ heißen?

Es habe sich herumgesprochen, daß die ökonomischen Dinge in der Sowjetunion leider nicht zum Besten stünden. Vieles von dem, was es noch vor drei, vier Jahren dort zu kaufen gab, sei aus den

Geschäften verschwunden. Auch im Außenhandel sei zu spüren, was aus der Sowjetunion komme und was nicht. Offenbar gelänge mit solchen Methoden wie Wahl der Betriebsdirektoren oder gruppenorientierter „Selbstverwaltung“ kein Produktivitätsfortschritt. Für die DDR sei es ebenfalls unangebracht, ein „Pachtsystem“ in Industrie und Landwirtschaft als neuen ökonomischen Hebel einzuführen. Was sollten Arbeiter beispielsweise in den Leuna-Werken mit einer Pacht anfangen können? Ebenso wollten die Genossenschaftsbauern kein Pachtsystem.

Die DDR entwickle entsprechend ihren Bedingungen die sozialistische Demokratie. An ihr wirkten über 200 gesellschaftliche Organisationen mit, zu denen nun der Freidenkerverband hinzukäme. Überlegungen in der Richtung, wie sie von manchen aus Ungarn zu hören seien, auch bürgerliche Parteien zuzulassen, würden in der DDR nicht zur Geltung kommen.

Was die Geschichtsdebatten betreffe, so müßten gerade deutsche Kommunisten die grenzenlose Geschichtsverdrehung von sich weisen, wonach Stalin eine Marionette Hitlers gewesen sei. Die deutschen Kommunisten wüßten um den wahren Verlauf der Novemberrevolution, was Revolution und was Konterrevolution gewesen sei, wer die Arbeiterbewegung gespalten habe, wie die Arbeiter-Regierungen in Thüringen und Sachsen abgesetzt wurden mit Hilfe der Reichswehr und auf Anweisung von Ebert und wie schließlich der Faschismus siegte.

Die SED lehne prinzipiell alle Versuche zur Verfälschung der Geschichte ab. Sie könnten für die kommunistische Bewegung nur schädlich sein.

Abschließend verwies Erich Honecker auf die 7. Tagung des Zentralkomitees und erklärte, die SED werde entschlossen ihren Kurs der wirtschaftlichen Dynamik und der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fortsetzen. Das schließe ebenso die Volksbildung, die Berufsausbildung, das Gesundheitswesen, die gesamte Kultur ein.

Im Zentrum der Sozialpolitik bleibe der Wohnungsbau. Da sei bereits mehr erreicht worden als ursprünglich in den Plänen stand. Von 1971 und bis 1990 seien für die Wohnungsfrage, die als soziales Problem bis 1990 gelöst werde, über 320 Mrd. Mark aufgewendet worden. In der Vorbereitung des XII. Parteitages der SED würden weitere deutliche Fortschritte erreicht werden. Nehme man nur die Bauten an der Grotewohl-Straße, der ehemaligen Wilhelmstraße. Wo früher die Reichskanzlei war, die hohe Diplomatie und reiche Leute wohnten, da werden bald Arbeiter und Angestellte mit ihren Kindern wohnen. Das alles zeuge vom tiefen Wandel durch den Sozialismus auf deutschem Boden, auf den stolz zu sein die deutschen Kommunisten allen Grund hätten.

Horst Schmitt dankte im Namen der Delegation der SED[=SEW] Erich Honecker sehr herzlich für dieses Gespräch, das in freundschaftlicher [Atmosphäre] und völliger Übereinstimmung verlaufen sei.

Erich Honecker erwiderte, daß die SED auch künftig der SEW jede mögliche Unterstützung, darunter auch durch das Fernsehen der DDR, in ihrem Kampf geben werde.

An dem Gespräch nahmen seitens der SED teil das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Hermann Axen, das Mitglied des ZK der SED, Abteilungsleiter des ZK, Gunter Rettner, sowie Siegfried Ransch, Sektorleiter des ZK der SED.

Von der SEW waren zugegen die stellvertretende Parteivorsitzende Inge Kopp sowie die Mitglieder des Büros des Parteivorstandes, Klaus Feske und Volker Junge.